

Parlamentarischer Vorstoss**2025/425**

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Mögliche Kooperationen in Bildung und Sozialwesen durch gesellschaftliche Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern ab Sekundarstufe II
Urheber/in:	Silvia Lerch
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Biedert, Jenni
Eingereicht am:	25. September 2025
Dringlichkeit:	—

Die Bildungs- und Sozialausgaben steigen kontinuierlich und belasten die öffentlichen Haushalte zunehmend. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, umsetzbare Formen der Schülermitwirkung zu prüfen, die sowohl der Allgemeinheit als auch den Jugendlichen zugutekommen.

Ein solches Modell könnte einerseits die Sozialkompetenz und Berufsreife der Schülerinnen und Schüler stärken und andererseits öffentliche Institutionen gezielt entlasten. Denkbare Kooperationspartner sind Gemeinden, Spitäler, Pflege- und Altersheime, Primarschulen sowie weitere relevante Einrichtungen.

Mögliche Einsatzfelder

- Vorlesen, Begleitung oder Unterstützung älterer Menschen durch Einkaufs- und Begleitedienste
- Nachhilfe und Unterstützung im Primarschulunterricht, insbesondere in gestalterischen und sportlichen Lektionen oder Mittagstisch
- Niederschwellige Tätigkeiten in Spitälern oder Pflegeheimen
- Allgemeine organisatorische oder unterstützende Arbeiten in Verwaltungen oder Werhöfen
- Weitere Aufgabenbereiche, die Lernende sinnvoll einbinden

Erwartete Wirkungen

- Förderung von Sozialkompetenz, Eigenverantwortung und praktischer Berufsreife
- Sinnvolle Nutzung schulfreier Nachmittage und Ferien, Angleichung an die Logik der Berufslehre
- Potenzielle Entlastung öffentlicher Ressourcen durch effiziente Ressourcennutzung und kostenbewusste Mitwirkung

Fragestellungen an den Regierungsrat

Ich bitte den Regierungsrat um Prüfung und Berichterstattung zu folgenden Punkten:

1. Welche Möglichkeiten für Kooperationen zwischen Schulen und Institutionen bestehen bereits heute bzw. wären neu denkbar?
2. Wie sind die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine solche Zusammenarbeit zu gestalten?
3. Können Bildungsziele, Lerninhalte, Datenschutz sowie Arbeitssicherheit in einem solchen Modell vereinbart werden?

Zielsetzung

Die Abklärungen sollen aufzeigen, wie ein sinnvolles Einsatzfeld für Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe II geschaffen werden kann, das gesellschaftliches Engagement, praxisnahe Lerninhalte und eine Entlastung öffentlicher Mittel miteinander verbindet.

Zudem könnten Jugendliche die Möglichkeit erhalten, ihre Ausbildungskosten in geringem Umfang selbst mitzutragen. Damit liesse sich nicht nur die pädagogische Qualität ergänzen, sondern auch konkrete finanzielle Vorteile für Kanton, Gemeinden und Schulen erzielen. Langfristig kann ein solches Modell die Attraktivität der Berufsbildung stärken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.